

Für eine zukunftssichere Landwirtschaft

Liberaler Agrarpolitik ist eine Politik, bei der die **Interessen der Landwirtschaft** mit dem Umwelt-, Arten- und Naturschutz und einer tierwohlgerechten Nutztierhaltung Hand in Hand gehen. Die Herausforderungen sind dabei so groß wie selten.

Die Landesregierung stellt sich diesen Herausforderungen nur unzureichend. Es fehlt ihr an der erforderlichen Ausgewogenheit.

Produktivitätsverzicht ist ein Irrweg

So will sie landesweit eine **Ausdehnung des Ökolandbaus** auf 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche bis ins Jahr 2030 erreichen. Zahlreiche Studien belegen jedoch, dass die Erträge im ökologischen Pflanzenbau global im Durchschnitt um 20 bis 25 Prozent geringer sind als im konventionellen. Fehlende Nahrungsmittel hierzulande müssten dann in anderen Teilen der Welt produziert werden mit gegebenenfalls geringeren Anforderungen an die Umwelt- und Klimaverträglichkeit. Wir fordern daher eine **wissenschaftlich fundierte Neubewertung des Ausbauziels**.

Anders als die Landesregierung sind wir auch davon überzeugt, dass **auf wertvollen Ackerböden Nahrungsmittel produziert** werden sollen. Ein Zupflastern landwirtschaftlicher Flächen mit Freiflächen-PV-Anlagen lehnen wir ab.

Utopische Pflanzenschutzziele gehören auf den Prüfstand, moderne Züchtungsmethoden sind unerlässlich

Wir setzen uns im Landtag für eine wissenschaftlich fundierte Strategie ein, die das berechtigte Interesse des Pflanzenschutzes und der Ertragsicherheit mit Umweltmaßnahmen so ausbalanciert, dass sie realistisch ist und eine wirtschaftliche Anwendung ermöglicht. Nur mit Hilfe des Pflanzenschutzes ist es möglich, eine **regionale Produktion von hochwertigen Lebensmitteln** zu erzielen. Der Verzicht auf chemische Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel verringert die regionale Lebensmittelerzeugung und **steigert die Importabhängigkeit**. Es steigt auch der Landverbrauch. Der Biodiversität wird global gesehen ein Bärendienst erwiesen.

Die **Innovationskepsis der Landesregierung** hat bereits dazu geführt, dass Entwicklungen in der Pflanzenzucht außerhalb Deutschlands stattfinden. Gerade der Durchbruch beim Corona-Impfstoff hat aber gezeigt, wie wichtig die Gentechnik-Forschung ist. Dieses Vertrauen müssen wir auch **für neue genomische Verfahren in der Pflanzenzüchtung** aufbringen. Sie sind ein wichtiger Baustein, um Pflanzenschutzmittel zu reduzieren, ohne Ertrags- und Qualitätseinbußen.

ANSPRECHPARTNER



Georg Heitlinger MdL

Sprecher für Agrarpolitik, Ernährungswirtschaft und Verbraucherschutz

georg.heitlinger@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9230



Klaus Hoher MdL

Sprecher für Land-, Wald- und Forstwirtschaft

klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9330



Rudi Fischer MdL

Sprecher für Ländlichen Raum

rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9310



Benjamin Haak

Parlamentarischer Berater

benjamin.haak@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9023

Der Wolf gehört ins Jagdrecht

Die Rückkehr des Wolfes nach Baden-Württemberg sehen manche als herausragenden Erfolg für **gelebten Naturschutz**. Nachdem seit dem Jahr 2015 auch in Baden-Württemberg einzelne Wölfe nachgewiesen wurden, haben sich inzwischen Wölfe dauerhaft bei uns niedergelassen.

Anders als die Landesregierung romantisieren wir diesen Erfolg und den Wolf nicht. Die sich aus der Rückkehr des Wolfes ergebenden **Konfliktfelder** für Beutetiere, Landwirtschaft, Naturschutz, Mensch und Jägerinnen und Jäger sind in ihren Wechselbeziehungen ganzheitlich zu betrachten. So stellt der mit dem Auftreten des Wolfes verstärkte **erforderliche Herdenschutz** insbesondere die Nebenerwerbs-Tierhalter vor persönlich und finanziell nicht tragbare Herausforderungen. Im Naturschutz ist die Beweidung

von Flächen zur Vermeidung ihrer Verbuschung und damit zur Offenhaltung unserer Kulturlandschaft gefährdet. Eine weitere Ausbreitung des Wolfes führt zudem zu Erschwernissen in der Schalenwildbejagung.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, **darf es keine ideologischen Tabus geben**. Übergreifige Wölfe müssen, wie beispielsweise in der Schweiz, bejagt werden dürfen. Im Oktober 2023 hat beispielsweise eine Wölfin drei Schafe und vier Ziegen in der Gemeinde Feldberg im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gerissen und derartige Vorfälle häufen sich mittlerweile. Daher drängen wir darauf, dass die Landesregierung unserer Forderung endlich nachkommt und den **Wolf ins Jagdrecht** aufnimmt.

INITIATIVEN

- » Entwurf der EU-Kommission für eine Richtlinie „zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln“ (Sustainable Use Regulation [SUR]) und Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Baden-Württemberg, aus 2022, Behandlung mit Anhörung 2023 [Drucksache 17/3257](#)
- » Hofübergabe und landwirtschaftliche Vererbung in Baden-Württemberg [Drucksache 17/3672](#)
- » Potenzial der Agri-Photovoltaik im Land heben – Flächenverbrauch durch Freiflächen-Photovoltaik minimieren [Drucksache 17/4740](#)
- » Entwicklung des Produktions- und Marktpotenzials für die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung ökologischer Agrarerzeugnisse und Lebensmittel in Baden-Württemberg [Drucksache 17/4772](#)
- » Regionale Schlachtbetriebe in Baden-Württemberg [Drucksache 17/5157](#)

ARBEITSKREIS

Landwirtschaft

ANSPRECHPARTNER

Georg Heitlinger MdL
Klaus Hoher MdL
Rudi Fischer MdL



Positionspapier

Mit einer starken Landwirtschaft in eine nachhaltige Zukunft



Positionspapier

Moderner Natur- und Artenschutz, Schwerpunkt Wolf